Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 65 (1971)
Heft: 2

Rubrik: Information

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 20.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

und hergerissen wurde. Es solle zu einem Mahnruf werden, sich vor Selbstüberhebung und Gottesvergessenheit zu hüten. Gott selber sei es, der den deutschen Waffen den Sieg gegeben habe. Seine Weisheit habe über das Wollen der Franzosen gesiegt und damit die Schmach gesühnt, die von Versailles aus auf das deutsche Volk gehäuft worden sei. Die Auffassung «Gott mit uns» war für den Prediger gleichbedeutend mit «Gott gegen Frankreich», das als Land der Aufklärung, des Liberalismus, des Materialismus und des Atheismus angesehen wurde. In der Errichtung des Kaiserreiches erblickte Rogge den Sieg der Untertanentreue gegenüber der Revolution. In der ganzen Predigt klang die Freude mit, daß nun ein protestantisches Kaisertum errichtet werde, unabhängig vom päpstlichen Einfluß.

Hofprediger Rogge, für den Gott, Kaiser und Vaterland offensichtlich auf ein und derselben Stufe standen, schloß seine Predigt mit dem Segenswunsch für das deutsche Reich, alle seine Fürsten und Völker und fügte in sein Schlußgebet die Sätze ein: «Herr der Heerscharen ,ziehe ferner in Gnaden aus mit den deutschen Heeren und segne ihre Waffen zur völligen Ueberwindung des Feindes».

So also hat man vor hundert Jahren «zeitgemäß und situationsentsprechend» gepredigt. Nur mit innerem Unbehagen kann man heute an solche politische Predigten zurückdenken, die den Anschein erwecken, der Prediger habe im Ratschlusse Gottes gesessen und sei daher berechtigt, willkürliche Werturteile zu fällen. Vielleicht aber werden einst auch manche von den heute als zeitgemäß gepriesenen politischen Predigten ähnlicher Kritik unterliegen.

Information

Stockholmer Vietnam-Konferenz

E. P. D. Vom 27. bis 30. November 1970 versammelten sich in der schwedischen Hauptstadt über dreihundert Delegierte und Beobachter internationaler und nationaler Friedensorganisationen und Vertreter aus insgesamt vierundsechzig Ländern aller Kontinente zur **Sechsten Internationalen Vietnam-Konferenz.** Aus der Schweiz nahmen daran teil Heinrich Buchbinder, Schinznach-Dorf, für den Internationalen Bund für Abrüstung und Frieden, sowie Dr. H. Hellstern, Zürich, als Vizepräsident der Christlichen Friedenskonferenz und zugleich als Beobachter des Schweizerischen Friedensrates.

Der schwedische Präsident, **Bertil Svahnström,** wies in seiner Eröffnungsrede darauf hin, daß diese Konferenz in dem Moment stattfinde, da der Krieg in Vietnam **seine grausamste Form angenommen habe.** Svahnström informierte über seine Begegnung mit Madame Nguyen Thi Binh in Paris, der Außenministerin der Provisorischen Regierung der

Republik Südvietnam. Nach ihrer Berichterstattung über die Lage in Vietnam hat die amerikanische Luftwaffe von 1965 bis 1970 **zehn Millionen Tonnen Explosivstoff** über Südvietnam abgeworfen, das bedeutet dreimal soviel wie während des Zweiten Weltkrieges auf Deutschland. Svahnström betonte, daß man nicht aufhören dürfe, von dem zu reden, was in Vietnam geschieht. Es gehöre zu den schrecklichsten Erscheinungen, daß die Menschen, nachdem sie schon so lange von Vietnam hörten, vom täglichen Morden nichtmehr bewegt werden.

Professor Nguyen Van Hieu, Mitglied des Zentralkomitees der Südvietnamischen Befreiungsfront, legte dar, daß sein Volk, das seit fünfundzwanzig Jahren für seine Unabhängigkeit und für den Frieden kämpfe, diesen Kampf nie aufgeben werde, solange noch ein einziger fremder Angreifer auf seinem Heimatboden stehe. Das Schlagwort von der «Vietnamisierung» des Krieges bezeichnete Von Hieu als trügerisch. Dadurch komme der Friede nicht näher, im Gegenteil, der Krieg werde noch mehr ausgeweitet.

Der Leiter der Delegation aus Kambodscha, **M. Thioun Prasith,** Koordinationsminister in der königlichen Regierung des Prinzen Sihanouk, führte aus, wie sein Land seit seiner Unabhängigkeit im Jahre 1953 während siebzehn Jahren mitten in einem brennenden Indochina habe im Frieden leben können. Während dieser Zeit habe sich das 7 Millionen zählende Khmervolk mit dem Aufbau seines Landes befassen können, um bessere Lebensbedingungen zu schaffen. «Am 30. April 1970 drangen die amerikanischen Truppen mit hunderttausend Soldaten in unser Land ein. Dutzende von Städten und Hunderte von Dörfern wurden von ihnen in Schutt und Asche gelegt, etwa zweihunderttausend Männer, Frauen und Kinder durch die Bomben getötet und weitere Hunderttausende durch Napalm und andere Giftstoffe schwer verwundet.»

Der Kulturminister der Demokratischen Republik Vietnam (Nordvietnam), **Professor Hoang Minh Giam,** erwähnte den neuesten Angriff, den die amerikanische Luftwaffe wenige Tage zuvor, am 21. November 1970, gegen verschiedene dichtbevölkerte Gebiete in Nordvietnam, u. a. in der Umgebung von Hanoi, gerichtet hatte. Durch den zunehmenden Einsatz chemischer Giftstoffe werde alles Leben, also auch Pflanzen und Tiere und selbst der Erdboden in weiten Gebieten für lange Jahre zerstört. Man müsse demnach nicht nur von Genocid, sondern richtigerweise von Biocid reden.

In der **allgemeinen Aussprache** kamen Gedanken zum Ausdruck, die auch an der Interkonfessionellen Konferenz «Schweiz und Dritte Welt» kürzlich in Bern geäußert wurden.

Zu den westdeutschen Ostverträgen

Angesichts der aufgezeigten — mehr oder minder emotionalen — Reaktion bestimmter Kreise auf die Bonner Ostpolitik ist mancher beson-

nene Deutsche um Deutschlands Zukunft sehr besorgt. Wird eine nationale Welle Deutschland erneut überrollen? Das ist die bange Frage. Der einsichtige Teil des deutschen Volkes wird sich sagen, daß die am 12. 8. und am 7. 12. 70 in Moskau und Warschau abgeschlossenen Verträge als solche zunächst ein Stück Papier sind. Entscheidend ist, was aus ihnen gemacht wird und mit welchem Geist sie ausgefüllt werden. Es wäre aber völlig falsch und den deutschen wie auch den europäischen Interessen abträglich, wenn man ihnen gegenüber von vornherein eine negative Haltung einnehmen wollte, da wir uns dann der durch sie gebotenen und mit ihnen beabsichtigten Chance begeben würden, mit den mittel- und osteuropäischen Staaten und Völkern ebenfalls zu einem Ausgleich, zu einer Versöhnung im Wege einer verstärkten kulturellen, wirtschaftlichen und vor allem menschlichen Kontaktpflege zu gelangen, um alte Wunden, die wir ihnen geschlagen haben, heilen zu helfen. Durch unsere Oeffnung auch nach dem Osten hin wurden die Grenzen eher durchlässig gemacht, als daß sie weiter zementiert werden.

Man mag nun einwenden, daß wir mit solchen Verträgen nationale Rechte preisgeben und auf (ehemalige) deutsche Gebiete verzichten sowie ferner die Teilung Deutschlands besiegeln. Dabei handelt es sich in allen Fällen um Positionen, die durch den Kriegsausgang, wie auch im Laufe der seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges verstrichenen fünfundzwanzig Jahre ohnehin inzwischen verspielt wurden bzw. fragwürdig geworden sind. So wissen wir, daß mit dem Tage der Ratifizierung der Pariser Verträge im Frühjahr 1955 die bis dahin noch offen gehaltene Tür zur Wiedervereinigung Deutschlands ins Schloß gefallen ist, nachdem die uns durch die sowjetischen Noten vom 10. 3. 52 und 15. 1. 55 gebotenen Möglichkeiten ungenutzt geblieben waren. Von der Oder-Neiße-Linie ist hinreichend bekannt, daß auch die Westmächte sie seit langem als polnische Westgrenze betrachten. Wie sollten wir also die in Rede stehenden Gebiete jemals wiedererhalten, zumal in ihnen inzwischen eine neue Generation Polen, deren Wiedervertreibung oder Wiederaussiedlung wohl niemand ernstlich erwägen kann, herangewachsen ist? Wenn die Verträge mit Moskau und Warschau mit alten Illusionen aufgeräumt haben, dann ist hierdurch der Weg freigemacht worden für eine Verbesserung unserer Beziehungen auch zu den mittel- und osteuropäischen Ländern, was sich für uns, da wir das europäische Herzstück sind, als ein Gebot derZeit erwiesen hat. Stets sollten wir bedenken, daß wir es waren, die am 1. 9. 39 in Polen und am 22. 6. 41 in die Sowjetunion militärisch einfielen! Die jetzt von Bonn getanen Schritte und der hiermit eingeleitete Neubeginn erfordern gewiß großen Mut, den die Regierung Brandt/Scheel trotz aller inneren Widerstände aufgebracht hat.

Beim Abschluß der Ostverträge mußte Bonn von der jetzt gegebenen Situation ausgehen, wie sie sich seit Kriegsende bis heute herausgebildet hat. Daß zur Entstehung dieser Lage n i c h t n u r der Kriegsverlauf, s o n d e r n a u c h manche während der zurückliegenden zwanzig Jahre

von Bonn getroffenen Fehlentscheidungen beigetragen haben, ist nun einmal eine nicht wegdiskutierbare Tatsache, die nicht ignoriert werden darf, wenn wir zu einer realistischen Urteilsbildung gelangen wollen. Der deutschen und der europäischen Sache wird gewiß ein schlechter Dienst durch jene Kreise erwiesen, die glauben, immer noch an alten Illisionen festhalten zu sollen.

So sehr auch unsere Situation, die wir uns eingebrockt haben, bedauert und als schmerzlich empfunden werden mag, so hilft uns doch eine Selbstbemitleidung nicht weiter. Wir sollten, ja müssen uns vielmehr immer wieder bewußt machen, daß unsere heutige Lage — was nicht oft genug betont werden kann — sowohl eine Folge des verlorenen Hitlerkrieges als eben auch jener falschen Politik ist, die zwanzig Jahre hindurch unter der Kanzlerschaft von CDU-Politikern — insbesondere von Konrad Adenauer — verfolgt wurde. Es ist in der Tat leicht einzusehen, daß unsere spezielle Lage ihren Ausdruck vor allem darin findet, daß die Schnittlinie zwischen den Macht- bzw. Einflußbereichen der beiden Supermächte mit ihren einander entgegengesetzten Gesellschaftssystemen sich mitten durch Deutschland zieht. Unter solchen Gegebenheiten mußte die Praktizierung einer — an sich zum Scheitern verurteilt gewesenen — Politik der Stärke, des Roll-back und der Konfrontation gegenüber dem Osten — also einer Politik am Rande des Krieges —, in Verbindung mit unserer systematisch betriebenen Integration in den Westen, **den Weg zur Wiedervereinigung verbauen bzw vermauern und somit die Spaltung Deutschlands wie auch die Oder-Neiße-Linie als polnische Westgrenze geradezu zementieren und den bisherigen Abschluß eines Friedensvertrages unmöglich machen.** So äußerte sich denn auch Franz Josef Strauß am 5. 9. 61 im Deutschen Fernsehen wie folgt: «Daß unserePolitik nicht zur Wiedervereinigung Deutschlands führen konnte, lag von Anfang an auf der Hand».

Korrespondenz Stöckmann

Der Mansholt-Plan und die Landwirtschaft

Ein verstümmeltes und isoliertes Europa

Am Friedenskongreß zu Paris, 1849, ermahnte Victor Hugo die Regierungen zur Abrüstung und zur Einigung. Im Haag wurde 1899 das Zarenmanifest zur Rüstungsbeschränkung abgelehnt. Die Idee des Obligatoriums des Schiedsgerichtsverfahrens zur friedlichen Beilegung internationaler Streitigkeiten (diese Idee haben wir Bertha von Suttner zu verdanken) wurde von der Konferenz von 1899 und 1907 ebenfalls abgelehnt. Unter den verwerfenden Staaten waren auch Oesterreich und Deutschland. In der Konferenz von 1907 hat die Schweiz im wesentlichen

den Standpunkt von Deutschland geteilt und einen Geist bekundet, der zum Mißerfolg der Konferenz beigetragen hat.[1])

So war kein Hindernis mehr im Weg für Aufrüstung und Kriegswesen. Die Kriege wurden immer schrecklicher. Im Jahre 1916 (1. Weltkrieg) lehnte Deutschland das Friedensangebot von W. Wilson ab. Nach dem Ersten Weltkrieg verlor Europa die Finanzvormacht an die Vereinigten Staaten. Nach dem Zweiten Weltkrieg mußte es auch die politische Macht an die beiden neuen Weltmächte des Westens und des Ostens preisgeben. Kraftlos, verblutet am Boden, am Rande des Abgrundes befand sich Europa isoliert und verstümmelt zwischen zwei Großräumen, dem amerikanischen und dem russischen.[2])

Einigung Westeuropas

Der Schuman-Plan mit der Gründung der Stahl- und Kohlengemeinschaft zwischen Frankreich und Deutschland, in Kraft getreten am 1. März 1953, brachte Entspannung und Einigung in diesem wirtschaftlichen Sektor, sodaß von nun an nur europäische Kohle und europäischer Stahl verkauft wurden. Die Produktion und der Absatz stiegen, die Massenarbeitslosigkeit war überwunden und mit der Förderung des Wohnbaues stieg auch der Lebensstandard.[3])

Der Nationalismus noch zu stark

Ermutigt durch diesen Erfolg eines wirtschaftlichen Teilsektors ging man zu einem Versuch der politischen Einigung Europas über. Aber die großen Hindernisse konnten nicht überwunden werden. Das französische Parlament vertagte die Diskussion darüber mit 319 gegen 264 Stimmen «auf unbestimmte Zeit».[4])
Die Völker werden auch nicht dazu erzogen, ebensowenig wie einst zum Gedanken des Völkerbundes.

Gründung der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG)

Dieses Mißlingen führte die sechs Staaten (Frankreich, Deutschland, Italien, Belgien, die Niederlande und Luxemburg) zum Vertrag von Rom. Es wurde ein großer Wirtschaftsraum ohne protektionistische Abriegelung geschaffen. Die wirtschaftliche Autonomie der Vertragsländer bleibt mit wenigen Einschränkungen bestehen.

«Der grüne Pol»

Nach den Vertragsbestimmungen (Art. 38—47) soll die Produktivität der Landwirtschaft durch Förderung des technischen Fortschritts, Ratio-

1) Dr. B. Galiezi, Jugend und Völkerfriede, 1931, Seite 15.
2) Doz. DDr. Habil. Kurt Werner Haesele, Europas letzter Weg. Montan-Union und EWG, Fritz Knapp Verlag. Frankfurt am Main, k 958, Seiten 113 und 127.
3) Idem, Seiten 162 und 193.
4) Idem, Seite 206.

nalisierung der landwirtschaftlichen Erzeugung und den bestmöglichen Einsatz der Produktionsfaktoren, insbesondere der Arbeitskräfte gesteigert werden.

Auf diese Weise wird der landwirtschaftlichen Bevölkerung, insbesondere durch Erhöhung des Pro-Kopf-Einkommens der in der Landwirtschaft tätigen Personen, eine angemessene Lebenshaltung gewährleistet. — Die Märkte werden stabilisiert und die Versorgung wird sichergestellt. — Es ist für die Belieferung der Verbraucher zu angemessenen Preisen Sorge zu tragen. — Es wird die besondere Eigenart der landwirtschaftlichen Tätigkeit berücksichtigt, die sich aus dem sozialen Aufbau der Landwirtschaft und den strukturellen und naturbedingten Unterschieden der verschiedenen landwirtschaftlichen Gebiete ergibt. — Die Landwirtschaft stellt in den Mitgliedstaaten einen mit der gesamten Volkswirtschaft eng verflochtenen Wirtschaftsbereich dar.

Es werden Maßnahmen vorgesehen für eine wirksame Koordinierung der Bestrebungen auf dem Gebiet der Berufsbildung, der Forschung und der Verbreitung landwirtschaftlicher Fachkenntnisse; hierbei können Vorhaben oder Einrichtungen gemeinsam finanziert werden. Ferner will man eine schrittweise Beseitigung der Zölle und eine dauernde Belebung des Austausches von Gütern und Dienstleistungen erreichen.

Umwandlung von ganz Europa in eine Föderation

Kurt Werner Haesele schreibt am Ende seines Buches «Europas letzter Weg»: «Die EWG strebt nach Verständigung, nach Ueberwindung des Antagonismus, der in der Vergangenheit so unendlich viel Unheil gebracht hat. Ganz Europa soll in eine Föderation seiner Staaten umgewandelt werden. Die politische Integration, die eines Tages ganz Europa umfassen muß, gibt den einzelnen Völkern des Kontinents jedoch **die Gewähr der Erhaltung ihrer völkischen Eigenheiten, ihrer Sprache, ihres Glaubens, ihrer Sitten, Bräuche, ihres Volkstums und ihrer ererbten Kulturkräfte. Die Bestimmung der europäischen Föderation liegt darin, den Frieden der Welt zu sichern und die Furcht der Menschheit vor der elementaren Vernichtung durch nukleare Waffen für immer zu bannen.**

Der Zusammenbruch der Preispolitik

Die Politik der niedrigen Preise — ein Milchpreis von 40 Rappen und ein Schlachtrinderpreis von Fr. 2.85 je kg Lebendgewicht scheinen dem EWG-Vizepräsidenten, dem niederländischen Bauernführer und Sozialdemokraten Mansholt noch zu hoch zu sein — rief in Italien eine heftige Reaktion hervor. Diese Reaktion wurde noch verstärkt mit der Ausschaltung Frankreichs und Hollands. Es kam zu Protesten und Aufständen der Bauern und der landwirtschaftlichen Arbeiter. Milch floß auf die Straßen und für mehrere Hunderte Milliarden Lire landwirtschaftliche Erzeugnisse gingen zu Grunde. Die Preise für Getreide,

Fette, Zucker und Milch sinken, während die Preise für die andern Lebensmittel und die Hypothekarzinsen in die Höhe schnellen. In ihren Versammlungen verlangten die Bauern von der EWG die Stabilität der Preise, den Ausschluß der großen Oelproduzenten, Maßnahmen zur Herabsetzung der Unkosten und Sanierung der Märkte. Diese Preispolitik ist ganz entschieden zu verwerfen, denn sie hat das Gleichgewicht zu Ungunsten der Bauern verschlechtert. Das Grundproblem der Landwirtschaft ist eine neue Bodenstruktur.

Zur Preisstabilität schreibt «Die Welt» vom 30. Oktober 1970: «Die Preisentwicklung ist in letzter Zeit eines der schwierigsten Probleme geworden. Bei einer unkontrollierten und ungezügelten Entwicklung könnten neue Spannungen entstehen und weitere Fortschritte in der Gemeinschaft in Frage stellen.»

Und zum Milchpreis und zur Reduktion der Milchproduktion schrieb Wilhelm Gasser-Stäger, Professor für Agrarpolitik an der Hochschule St. Gallen: «Diese bisher bei uns, im Gegensatz zu anderen Ländern, gelungene Reduktion der Milchproduktion, zeigt deutlich den **Vorteil des kleinen Raumes** bei solchen Eingriffen in die landwirtschaftliche Produktion.» («Weltwoche», 11. Juli 1969.)

Diese Preispolitik hat den Antagonismus, gegen den Haesele in seinem Buch auftritt, im Milchsektor verschärft; auf der einen Seite Verminderung der Einnahmen und auf der andern, wegen der Verteuerung, Zunahme der Ausgaben. Wir fragen: Ist eine Lösung dieses Problems, das heißt die Ausschaltung dieses Gegensatzes, im kapitalistischen System überhaupt möglich? G. G.

Fortsetzung folgt.

Den Naturwissenschaftern ins Pflichtenheft

Erste Aufgabe ist es, den Physikern und überhaupt den Wissenschaftern ein schlechtes Gewissen zu machen. Soweit sie es noch nicht haben, sind sie Schädlinge. (C. F. von Weizsäcker)

Es hängt von uns ab, von jedem einzelnen Staatsbürger in allen Ländern der Erde, daß dem herrschenden Unsinn ein Ende gemacht wird. Heute sind es nicht mehr die Cholera- oder Pestbazillen, die uns bedrohen, sondern das traditionelle zynische Denken der Politiker, die Stumpfheit der Massen und das Ausweichen der Physiker und anderer Wissenschafter vor der Verantwortung! (Max Born)

Man darf sich darüber nicht täuschen, daß das methodische Verfahren der Wissenschaft . . ., wenn es sich über seine eigene Fragwürdigkeit nicht mehr klar ist, etwas Mörderisches an sich hat! Diese Fragen sind schwer, aber nicht unwichtig! Die Formel von Heidegger: «Die Wissenschaft denkt nicht» ist eine Formel, die man fast keinem Wissenschafter sagen

kann, ohne seinen Zorn herauszufordern. Sie ist aber so, wie Heidegger das Wort «denken» hier meint, wörtlich richtig. «Denken» heißt nämlich im Sinne Heideggers, «sich selbst noch einmal in Frage stellen», und eben dies wird im normalen Vollzug der Wissenschaft nicht geleistet. Es muß aber geleistet werden, wenn die Wissenschaft auch einmal zum lebendigen Menschen, der ein Partner im Leben und nicht nur Objekt ist, in ein Verhältnis soll gesetzt werden können. Die Grundbegriffe der Physik sind also völlig ungeklärt! Sie wird und muß dazu kommen, einzusehen, «daß die Substanz, das Eigentliche des Wirklichen, das uns begegnet, Geist ist!» (Ursula Anders,

Aus: «Bulletin Vereinigung für freies Unternehmertum», Nr. 82)

Hinweise auf Bücher

WERNER SIMPFENDÖRFER: **Offene Kirche — Kritische Kirche. Kirchenreform am Scheideweg.** 1969, Kreuz-Verlag, Stuttgart.

Kirchenreform, mehr eine deutsche Angelegenheit als eine schweizerische, könnte man denken, doch der Verfasser, früher Leiter der Evangelischen Akademie Bad Boll, seit 1969 Mitarbeiter im Weltkirchenrat in Genf, ist auch mit den schweizerischen Verhältnissen vertraut, sodaß gerade in den zukunftweisenden Kapiteln verschiedene Ansätze aus der Schweiz angeführt werden. Dagegen fehlt es bei uns fast ganz an einer Gegenüberstellung pietistischer und fortschrittlicher Kreise. Sie sind wohl beide zu wenig ausgeprägt, sodaß es kaum zu einer fruchtbaren Diskussion kommen kann. In Deutschland führte zu Beginn der fünfziger Jahre die Neuausgabe des Entmythologisierungsaufsatzes von Rudolf Bultmann zu heftiger Kritik, die sich Mitte der sechziger Jahre in der Bekenntnisbewegung «Kein anderes Evangelium» kristallisierte. Zeitlich dazwischen hatte sich die politische Gruppe «Kampf dem Atomtod» gebildet, die sich weitgehend aus alten und neuen Schülern von Karl Barth und Mitgliedern der Bruderschaften zusammensetzt.

Die Synoden der evangelischen Kirchen Deutschlands (EKD), die Denkschriften, die Kirchentage und seit 1968 die Aktion «Politisches Nachtgebet» bewirken oft durch eine Zuspitzung der Gegensätze eine Neuorientierung, da Kirchenreform dadurch beginnen muß, «daß die Kirche aus dem Mittelpunkt ihres Denkens heraustritt und an den Rand der zur Diskussion stehenden Weltsache gerät», das heißt, daß sie für andere da ist, wie Dietrich Bonhoeffer es formuliert hat.

Eine «Politisierung der Kirche» würde darin bestehen, daß sie sich zur Mitverantwortung für die politische Gestaltung unserer Welt bekennt. Die Kirche muß die Möglichkeit dialogischer Begegnung zwischen Kirche und Welt schaffen und so bezeugen, daß der Friede im Ringen um Gerechtigkeit und Freiheit konkretisiert werden kann. Sie soll sozial-ethische Einsichten und Leitlinien formulieren. Beispiele dafür sind die Beschlüsse der Oekumenischen Konferenzen von Genf 1966 und Upsala 1968. Schließlich wird die politische Kirche immer ein Ferment der Unruhe in die allgemeine Politik tragen. Ihre Partnerschaft wird nie bequem sein, und sie wird auch Opfer zu bringen haben und Kritik ertragen müssen.

Kritische Gruppen versuchen die Aufgaben der Kirche heute schon zu verwirklichen, und der Verfasser gibt verschiedene Beispiele dafür, auch Beispiele